

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 24.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5917.

Hannover,
Sonnabend, 19. November 1898.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Reinsir. 31. Verlag: Goswiede 9A.

7. Jahrg.

Unsere Organisation

scheint gegenwärtig die meistgeschätzte gewerkschaftliche Vereinigung zu sein. Müßten wir doch nun schon viele Monate lang Nummer um Nummer über behördliche Maßregeln, über den Ausgang gerichtlicher Verfahren gegen uns und über Versuche von Privaten und Beamten, unserer Agitation Hindernisse zu bereiten, berichten. Auch heute ist die uns keineswegs erfreuende Mitteilung zu machen, daß eine unserer zu den besten Hoffnungen berechtigenden Zahlstellen, Halle a. S., der vorläufigen polizeilichen Schließung anheimgefallen ist. Die dem Bevollmächtigten zugestellte polizeiliche Verfügung hat folgenden Wortlaut:

Halle a. S., den 2. November 1898.

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands — Zahlstelle Halle — ist ein Verein, welcher bezweckt, politische Gegenstände in öffentlichen Versammlungen zu erörtern. Er hat dies gelegentlich seiner Versammlungen mehrfach erkennen lassen. Der Verband hat die im § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 den politischen Vereinen unter a und b auferlegten Beschränkungen überschritten, indem er

- ad a) Frauenspersonen als Mitglieder aufgenommen hat,
- ad b) mit anderen Vereinen gleicher Art, und zwar dem hiesigen Genossenschaftskartell, in Verbindung getreten ist.

Aus diesen Gründen wird der genannte Verband, unter Bezugnahme auf §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 vorbehaltlich des gegen die Beteiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens, bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung hiermit geschlossen.

Die Polizei-Verwaltung.
Der Oberbürgermeister
Staudé.

Daß der Verband nicht bezweckt, politische Gegenstände zu erörtern, diese Thatsache ist uns schon manchmal von Gerichtsstelle festgestellt worden, zuletzt am 26. September von dem Kammergericht zu Berlin. Und auch die Zahlstelle Halle hat die Erörterung politischer Gegenstände sich nicht zum Zweck gemacht. Von den in Nr. 22 des „Proletarier“ angeführten Thatsachen, auf welche sich das Vorgehen der Polizei stützt, erscheinen mindestens zwei (Frage, ob ein Wirth organisirte Kellner einstellt, und der Lohn der Kernmacher) als absolut harmlos, jedes politischen Merkmals entbehrend; und daß der sozialdemokratische Wahlsieg freudig begrüßt worden, kann wohl auch so schlimm nicht sein, um eine so scharfe Maßregel rechtfertigen zu können. Wenn die Freude über einen Wahlausgang einen Verein schon zu einem politischen macht und ihn dem § 8 des Vereinsgesetzes unterstellt, was wird dann mit jenen Vereinen geschehen müssen, die ihre Thätigkeit bei den Wahlen nicht darauf beschränken, ihrer Freude über den Ausgang Ausdruck zu geben, sondern in den Wahlkampf selbst lustig mit eingriffen, und deren Leiter und Gönner gar nicht daran dachten, daß es in Preußen einen Paragraphen giebt, der mit Strafe sühnt, wenn politische Vereine mit einander in Verbindung treten.

Unschlüssig bringen wir das Verfahren, das auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes bei polizeilich geschlossenen Vereinen einzuhalten ist. Wenn die Polizeibehörde einen politischen Verein geschlossen hat, so ist sie gehalten, binnen 48 Stunden nach der Schließung hiervon und von den Gesekwidrigkeiten, welche zur Schließung Anlaß gegeben haben, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu machen. Findet die Staatsanwaltschaft die angeblichen Gesekwidrigkeiten nicht geeignet, eine Anklage darauf zu gründen, so hat die Ortspolizeibehörde auf die ihr durch die Staatsanwaltschaft binnen weiteren 8 Tagen zu ertheilende Nachricht die Schließung des Vereins aufzuheben. Andernfalls muß die Staatsanwaltschaft ebenfalls binnen acht Tagen entweder die Anklage erheben, oder binnen gleicher Zeit die Voruntersuchung beantragen. Alsdann ist vom Gerichte sofort Beschluß darüber zu fassen, ob die vorläufige Schließung des Vereins bis zum Erkenntnis in der Hauptsache fortzuauern soll.

Ob wirklich Anklage erhoben und die vorläufige Schließung der Zahlstelle auf Gerichtsbeschluß aufrecht erhalten wird, darüber werden wir in nächster Nummer berichten. Nach unserer Anschauung fehlt sowohl für das Eine als auch für das Andere das belastende Material. —

Der Auflösung verfiel eine am Dienstag, den 1. November, in Dessau tagende Versammlung, in der Kollegin Ziek Propaganda für unsere Organisation machte und dabei das politische Gebiet gestreift haben soll. Die verdammte Politik!

In Weiskensfeld wurde die nachgesuchte Erlaubnis zur öffentlichen Verbreitung eines Flugblattes von der Polizeiverwaltung unter Berufung auf das Gesetz vom 12. Mai 1851 § 9 versagt. Das Flugblatt fordert zur Organisation auf, begründet diese Aufforderung mit dem Hinweis auf die Lage der Arbeiter, führt ferner die gesteigerten Ansprüche an die körperlichen Leistungen der Arbeiter an, belegt ziffernmäßig die Vortheile, die unsere Organisation bietet, und fordert zum Schluß zum Besuche einer öffentlichen Volksversammlung auf, in der die Kollegin Ziek referirte. Die Sprache des Flugblattes ist eine überaus sachliche und ruhige, so daß es uns wundert, daß die Erlaubnis zur öffentlichen Verbreitung versagt wurde. Unsere Kollegen haben Flugblätter mit dem gleichen Text an mindestens zwölf Orten ohne jeden Zwischenfall verbreitet. All diese Dinge, so empfindlich ihre Wirkungen ohne Zweifel auch im Augenblicke sind, werden die weitere Ausdehnung unserer Organisation eher fördern als hemmen.

Die Gesetzesvorlage

nach der mit Zuchthaus bestraft werden soll wer gar zu einem Streik anreizt, ist den Nachrichten bürgerlicher Blätter zufolge fertig gestellt, den einzelnen Bundesregierungen zugesandt worden und wird dem Reichstage nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden. Dann wird ja dem arbeitenden Volke Gelegenheit geboten sein, die einzelnen Bestimmungen der Vorlage, die nun schon Monate im Vordergrund aller Diskussionen stehen, in der Agitation einen breiten Raum einnehmen, lernen zu lernen. Nach Bekanntwerden der einzelnen Bestimmungen wird die Arbeiterklasse noch einmal sich ermannen und aufrufen müssen zum kräftigen Protest.

In den Reihen nationalliberaler Abgeordneter scheinen die Wünsche nach neuen Knebelungsbestimmungen für die kämpfenden Arbeiter mit der Gewährung der Koalitionsbeschränkung im Sinne des Zuchthausgesetzes nicht erfüllt zu sein. Jedenfalls ist den Herren der Appetit beim Essen gekommen. Wie verlautet, hatte der süddeutsche „Stumm“, Herr von Heyl, etwa ein Duzend streitbarer Männer zu üblicher Berathung zusammen berufen. Was war der Zweck der Berathung? Neue Depressionsmittel für die politisch kämpfenden Proletarier!

Inzwischen fährt das Unternehmertum fort, seine Organisationen zu vervollkommen und zu verbessern. Wie aus Berlin berichtet wird, strebt man eine einheitliche Organisation der Unternehmer im Baugewerbe an. Aber nicht etwa, um dem Bauwesen erfolgreich entgegen zu treten oder dem Lohnschwindel den Krieg zu erklären, oder etwa für Durchführung von gründlicher Unfallverhütung einzutreten, nein, das Ziel, der Zweck der neuen Organisation ist Bekämpfung der für ihre Interessen eintretenden Arbeiter.

Ein Breslauer Maurermeister, Simon mit Namen, hat am 9. November in einer im Architektenhause zu Berlin tagenden Versammlung Propaganda für das neue Organisationsprojekt gemacht. Nach dem „Vorwärts“ begründet der Redner sein Vorhaben mit dem Umfande, daß von den in Deutschland vorhandenen ca. 200 000 Maurergesellen bereits 70 000 in Verbänden organisirt seien und den Unternehmern gegenüber eine nicht zu unterschätzende Macht bildeten. Gabe doch das Zentralkomitee des Deutschen Maurerverbandes (Sitz Hamburg) in den Jahren 1896 bis 1898 nicht weniger als 578 000 Mark Streikunterstützungen gezahlt. Da außerdem die Organisation der Arbeiter im Baugewerbe mit jedem Tage neue Fortschritte mache, so läge es im eigenen Interesse der Arbeitgeber, auch ihrerseits auf einen Zusammenschluß hinzuwirken. In erster Linie sei die Verschmelzung der bereits in Deutschland bestehenden etwa 40 Vereinigungen von Fachgenossen zu einem einheitlichen Arbeitgeber-Verbande anzustreben, der dann eine Agitation in größerem Stile zu entfalten habe, um die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit und Unsolidarität aufzurütteln. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter werde der zu gründende Verband stets zu respektiren haben. — Die Versammlung er-

klärte sich mit dem Vorschlage eine „geistlichen Organisation einverstanden, worauf Baumeister Felisch die finanzielle Seite berührte und zu reichlichen Beiträgen aufforderte, um vorläufig einen Reservecfonds anzusammeln, aus dem bei ausbrechenden Streiks bedürftige Kollegen unterstützt werden sollten.

So wenig auch die arbeiterfeindlichen Träume der Herren Simon, Felisch und Genossen in Erfüllung gehen werden, so ist die in Aussicht stehende Zusammenrottung der Unternehmer des Baugewerbes doch nicht ohne ernste Gefahr für das Wohl der Arbeiter. Die Unternehmer bezwecken nicht mehr und nicht weniger, als die Arbeiter an der erfolgreichen Ausnutzung guter Geschäftsperioden zu verhindern. Wenn Herr Simon, der Führer der Breslauer Unternehmer, versichert, die berechtigten Forderungen werde der zu gründende Verband stets respektiren, so weiß man schon, und in Breslau am besten, was die Unternehmer unter „berechtigten“ Forderungen verstehen. Gerade im Baugewerbe ist nur ein verschwindender Theil der Unternehmer geneigt, Arbeiterforderungen zu bewilligen, ohne daß es erst zum Kampfe kommt. Darin, und nicht in der Lust am Streiken, haben die vielen Maurer- und Zimmererstreiks ihre Ursache.

Ohne allen Zweifel wird man nach vollzogener Ordnung noch mehr als seither Kunde bekommen, daß man im Baugewerbe Arbeitswillige an der Arbeit hindert. Denn genau so wie die organisirten Fabrikanten werden die Bauunternehmer den Arbeitsnachweis ihren Interessen dienstbar machen. Was man von dieser Seite zu erwarten hat, erhellt deutlich aus der Anfrage, die die Innungsmeister im vorigen Jahre an den Minister des Innern richteten. Man wollte nämlich alle Zunftmeister verpflichten, Maurer- und Arbeiter, die aus Orten kommen, in denen ein Streik ausgebrochen, nicht in Arbeit zu nehmen, also systematische Aussperrung aller Streiker. Die Verpflichtung sollte in den Satzungen des Innungsstatuts ausgesprochen sein, und man fragte den Herrn Minister, ob eine solche Bestimmung oder ein dergleichen Vorgehen sich mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung im Einklange befände. Eine gesetzliche Bestimmung, welche Zuchthausstrafe auf das gemeingefährliche Vorgehen der Bauhandwerksmeister setzt, wird nicht in Wirksamkeit treten, die Gefahren für die Arbeiter können also nur durch die Organisation abgewehrt werden; für deren Verstärkung einzutreten, ist jedes Klassenoffenen Pflicht.

Die preussische Fabrikinspektion 1897.

(Schluß.)

Hinsichtlich der erwachsenen Arbeiter war das wichtigste Ereigniß des Jahres die Erhebung über die Nothwendigkeit eines sanitären Maximalarbeitstages für gewisse Berufe, die unter besonders gesundheitschädlichen Bedingungen arbeiten. Eine gründliche Würdigung dieser Erhebungen kann erst nach Veröffentlichung der Materialien aus allen Gebieten des Reiches stattfinden, indeß sei doch das Wichtigste aus den preussischen Ergebnissen hier angeführt. Von den 27 Gewerbeberäthen haben 23 für einzelne oder eine größere Reihe von Berufen die Nothwendigkeit eines Maximalarbeitstages anerkannt; nur die Beamten für Pommeren, Münster, Koblenz und Sigmaringen vermochten kein Bedürfnis dafür aufzufinden. Von den 23 Beamten wird ein Maximalarbeitsstag für ca. 80 verschiedene Berufe und Theilarbeiten vorgeschlagen (darunter vom Potsdamer Beamten allein für 41 Berufe), und zwar für 20 Berufe eine 10 stündige Arbeitszeit ausschließlich Pausen, für 26 Berufe der Achtstundentag im ununterbrochenen Betriebe mit halbstündiger Pause, für 9 Berufe der Sechsstundentag und für einen Beruf eine 1½ bis 2 stündige Beschäftigung. Die letztere betrifft die Schwefelkohlenstoff- und Chlorschwefelarbeit in Gummiwaarenfabriken und ist derart aufzufassen, daß die betr. Arbeiter während der übrigen Tageszeit mit anderen Funktionen beschäftigt werden können. Zahlreiche der als reformbedürftig bezeichneten Berufe gehören der chemischen Industrie, der Ziegelfabrikation, Zuckerindustrie zc. an, kommen also für unsere Kollegen in erster Linie in Betracht.

Ob aber diese Vorschläge auch zu greifbaren Resultaten führen werden, das steht auf einem anderen Blatt. Wer sich daran gewöhnen mußte, zu sehen, daß für die Gesetzgebungsmaschine nicht die Nothwendigkeit oder die dringenden Vorstellungen von

Sachverständigen, sondern die Haltung der interessirten Unternehmer maßgebend ist, der bringt der nächsten Zukunft wenig Hoffnungen entgegen. Schon die Wuth der Unternehmerrpresse kündigt deren verzweifelte Widerstand an; die einen Mütter schreiben vom „sozialistischen Zwangsstaat“, andere von der „Verständnislosigkeit der Aufsichtsbearbeiter“ und die „Kölnische“ hätte nichts dagegen gehabt, wenn das Erhebungsmaterial in den Geheimschranken der Regierungsalten vermodert wäre, während sie das größte Verbrechen in ihrer „Veröffentlichung“ sah. Dadurch habe nur die Sozialdemokratie Vortheil, — ein indirektes Eingeständniß, daß für wirkliche Reformen eben nur die rührige Partei der Arbeiterinteressen zu haben ist. Da bekanntlich die Regierung nichts Ernstliches ohne den Segen der Stimmlinge thut, so wird also auch der „sanitäre“ Maximalarbeitsstag noch lange Zeit ein schönes Schaugericht bleiben.

Der beste Beweis für die Nothwendigkeit einer allgemeinen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit sind die Fabrikinspektionsberichte selbst. Wenn man da von 18- bis 24stündigen Beschäftigten, ja sogar von 30- bis 36stündigen Schichten liest, so fragt man sich mit Recht, was es solchen Mißständen gegenüber noch theoretischer Erörterungen bedarf. Ein städtisches Gaswerk im Bezirk Posen hatte seine Arbeitszeit so geregelt, daß auf je 48 Stunden eine 36stündige Arbeits- und eine 12stündige Ruhezeit fielen. Gegen solche Verhältnisse ist die jetzige Gesetzgebung machtlos und nur selten gelingt es den Beamten, durch gütliche Ueberredung deren Abstellung zu erreichen. In den früher bezeichneten Kaserne ist eine Arbeitszeit von früh 4 bis Abends 11 Uhr üblich, nach Abzug der Pausen eine 17stündige Arbeitszeit; trotzdem konnte die Reichsregierung dazu gelangen, den solchermaßen überanstrengten Leuten auch noch die Sonntagsruhe zu schmälern! Aber in preussischen Inspektionsberichten eingehende Angaben über die Arbeitslöhne erwartet, wird vergebens suchen; die wenigen, völlig unkontrollirbaren Angaben dieser Art sind keiner Werthung fähig. Im Allgemeinen werden geringe Lohnerhöhungen behauptet, die aber durch die Steigerung der Lebens- und Miethspreise illusorisch geworden sind. Nach dem Posener Bericht stehen die Löhne auf verhältnismäßig niedriger Stufe, die Ernährung ist sehr dürftig, die Wohnungsverhältnisse ungünstig und die Miethspreise sehr hoch. Das ist das herrliche Eldorado des Ostens, von dem Herr v. Goltz in den rheinischen Kapitalisten so verlockende Schilderungen entwarf, zum Jutrimm der Agrarier, die die ostelbische Arbeiterbevölkerung keinen anderen Ausbeutern überlassen möchten. Aber auch im industriellen Westen geht es vielfach nicht besser; die Berichte erwähnen die äußerst dürftigen Löhne auf dem Eichsfeld und im Westerwald, bei denen die ganze Familie mit angestrengtester Arbeit kaum das Brot verdient.

Ueber die Zustände der Arbeiter urtheilen die preussischen Berichte im Allgemeinen sehr sachlich; eine Ausnahme davon machen die Berichte von Siegnitz und Schleswig, wovon der erstere die Schuld an der Aufregung der streikenden Arbeiter einer Wollwarenfabrik der sozialdemokratischen Streikleitung zuschiebt, während der letztere trotz des Eingeständnisses,

daß die ereigneten Streiks nicht durch Gewerkschaften verschuldet seien, dennoch von sozialdemokratischer Agitation spricht und die von den Arbeiterinnen der Schiffbeter Jutespinnerei aufgestellte Forderung eines Minimallohnes als „Prämie auf die Faulheit“ bezeichnet. Daß diese Kritik in gleicher Weise gegen die Gehälter der Staatsbeamten erhoben werden könnte, hat der Schleswiger Gewerberath wohl schwerlich bedacht!

Ueber die Unfälle läßt sich nichts Neues sagen, als daß die Zunahme derselben trotz aller Anordnungen der Aufsichtsbeamten fortschreitet. Die Berichte stellen eine Zunahme von nahezu 10 Prozent fest und im Bergbau beträgt sie sogar 16 Prozent. Die tödtlichen Unfälle haben sogar seit 1896 um 12,3 Prozent zugenommen, ein Beweis, daß die Schwere der Unfälle keineswegs im Rückgange begriffen ist.

Wie oft haben wir schon klar gelegt, daß die Ursachen dieser unheilvollen Bewegung in der wachsenden Intensität des Betriebes, d. h. in der zunehmenden Ausbeutung der Arbeiter und in der langen Arbeitszeit zu suchen seien. Jetzt endlich bequemen sich einzelne Berichte, diese That sache anzugehen. So schreibt der Merseburger Beamte von 18stündigen Arbeitsschichten und bemerkt dazu: „Wie sehr eine solche Arbeitszeit den Organismus der Leute schädigt, geht schon daraus hervor, daß die späteren Arbeitsstunden des Vor- und Nachmittags, sowie der Sonnabend Nachmittag in Folge der geistigen und körperlichen Ermüdung mit einer über das Durchschnittsmaß weit hinausgehenden Zahl von Unfällen behaftet sind.“

Die Arbeiter ziehen daraus den Schluß, daß ihre Arbeiterschuldforderungen ebenso berechtigt sind, als ihr Bestreben, die Arbeitszeit im Wege des Lohnkampfes abzukürzen, und sie werden sich durch die Androhung schwerster Strafen nicht abhalten lassen, jederzeit mit Energie und Schärfe für diejenigen Forderungen einzutreten, die ihnen im Kulturinteresse der Arbeiterklasse nothwendig erscheinen.

Nichts gelernt und nichts vergessen.

Der Unternehmerklasse von heute kann dieses Sprichwort nicht deutlich genug zugerufen werden. Seit der Deynhäuser Kaiserkrone vom 6. September herrscht in ihren Kreisen heller Jubel. Die Botschaft der Zuchthausstrafe für die Streikenden ist himmlische Musik in ihren Ohren; wie freut sich das Unternehmertum über die Herannahende „Stunde der Erlösung“, wo die „gewissenlosen Agitatoren“, die sich vermaßen, die Arbeiter gegen die schrankenlose Auspönerung zu schützen, als gemeine Verbrecher in das Zuchthaus wandern.

Ursache zur Freude mag wohl das gewinnstüchtige Ausbeutertum haben. Sind doch bald alle seine Wünsche und Hoffnungen, die es zur Unterdrückung und Knechtung der Arbeiterklasse gehegt hat, erfüllt. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist durch Polizei und Gerichte beschritten, die Lohnkämpfe sind erschwert und ihre Theilnehmer werden durch eine Jubilatur nach dem Herzen der Herren verfolgt und bestraft; so bietet sich das geflüchtete Koalitionsrecht heute dem Arbeiter

dar als ein Messer ohne Klinge, dem der Stiel fehlt. Aber auch das ist noch zu viel. Monatelange Gefängnisstrafe für Handlungen, welche die Unternehmer als selbstverständlich ausüben, für die Arbeiter ist noch zu gering; nein, ins Zuchthaus mit diesen Sekern und Aufwiegeln, und ohne langen Prozeß, sofort verhaftet die „Anreizer“ zum Streik, dann wird es mit den Streiks bald ein Ende haben. Dann stört nichts mehr die holde Harmonie zwischen Arbeit und Kapital, „schwere wirtschaftliche Stunden“ bleiben den Vertretern der Industrie erspart.

Ob es wahr ist? Uns lehrt die Geschichte etwas Anderes, und besonders die Geschichte der Arbeiterbewegung im Allgemeinen, wie der Gewerkschaftsbewegung im Besonderen.

Daß mit brutalen Gewaltmitteln die Gewerkschaftsbewegung nicht niederzuknebeln ist, zeigt uns die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Alles das, was heute in Deutschland gethan wird und noch gethan werden soll, wurde auch von der herrschenden Klasse in England gemacht. In den ersten 20 Jahren dieses Jahrhunderts wurden die Trade-Unionisten als Rebellen und Revolutionäre verfolgt.

Die regierenden Klassen betrachteten jede Verbindung des gemeinen Volkes mit der größten Unruhe. Mit der Furcht, daß die Unbotmäßigkeit sich zur Auflehnung entwickeln könne, verband sich die Abneigung des Kapitalisten gegen hohe Löhne und der Widerwillen des Politikers gegen demokratische Einrichtungen.

Dies führte einen unbegrenzten Haß herbei, das Mißtrauen, das schlechte Verhältniß zwischen Arbeiter und Anwender. Gerechtigkeit gab es nicht. Könnte man einen genauen Bericht geben der Verhöre und Gerichtsverhandlungen, so würde man die handgreifliche Ungerechtigkeit, die schmutzigen Beschimpfungen und furchtbaren Strafen nur auf das zuverlässigste Zeugniß glauben. Die im Jahre 1799 und 1800 erlassenen Gesetze waren ein ungeheurer Mühlstein am Nacken des Arbeiters, der ihn auf den Boden niederdrückte und zermalmte. Alles, was er veruchte, jedes Mittel, das er ersann, um seinen Lohn zu halten oder zu erhöhen, ward ungefährlich. Die Friedensrichter betrachteten fast in allen Fällen jeden Versuch des Arbeiters, seine Lage zu verbessern, als eine Art Aufzucht oder Widerstand gegen die Regierung; jedes Komitee, jeder thätige Mann unter ihnen wurde als gefährlicher Aufbecker angesehen, den man bewachen muß, wenn möglich, zerschmettern müsse. Man sieht dieselbe Stellungnahme gegen das Proletariat in England am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, welche nach 100jährigem Schlafe der deutsche Michel kennt.

Doch weiter. Trotz Verfolgung, Verbot und Unterdrückung wuchsen die Trade-Unions in England ganz prächtig. Im Jahre 1822 gelang es Joseph Paine, eine Bill gegen die Ausnahme Gesetze in den beiden Häusern des Parlaments durchzuführen, und wurden somit die Koalitionsrechte genehmigt. Die Wirkung war für die Arbeiterschaft eine ungeheure. Ueberall wurde nun gekämpft und gerungen, wodurch das ganze Unternehmertum wüthend wurde. Das jedoch vor kurzer Zeit erst geschaffene Koalitionsrecht konnte nun nicht wieder aufgehoben werden, und so griff man zu anderen Mitteln. Von der Regierung

Die Armen und Elenden.

In der Weltliteratur giebt es nur wenige Bücher, die ihren Reiz und ihren erzieherischen Einfluß über die Zeitperiode hinaus behalten, in welcher und für welche sie geschrieben sind. Dichter und Schriftsteller, die von der Welt bewundert werden, rufen vergessen und verachtet auf dem großen Friedhofe der Literatur. Aber die Sprache Salomo's wie die Bergpredigt, Homer's Heldengedänge wie Petrarca's Liebesklagen, Shakespeare's Dramen und Goethe's „Faust“ werden wie das Gold von Carthago zerfahren und Abenteuer erst in kommenden Zeiten Gemeingut der Menschheit werden, wie sie bisher leider nur Gemeingut einer Minderheit waren. Und warum? Weil sie uns die Goldader des Allgemeinen-Menschlichen bloßgelegt haben; des Menschen Lust und Leid, sein Leben und Hoffen, sein Trüben und Denken, sein Goffen und Kampfen ist es, was in diesen Schöpfungen die Jahrhunderte überdauert; wo der Dichter nur den Einzelnen, nur die Kämpfe und Gedanken und Gefühle einzelner Menschen uns schildert, da verleiht seine Werke mit den Kämpfen und Hoffnungen der Zeitperioden, die sie schildern, denen sie dienen.

Und ganz besonders gilt das von der jüngsten Kunstform der Dichtung, — im Roman, vor Allem dem Lebensroman. — der Hugo's Roman „Die Armen und Elenden“ ist ein solcher; sehen wir von den Partien ab, in denen der Dichter historische Vorläufer (z. B. die Schlacht von Waterloo, das Jubiläum, die Inflation) schildert, so haben wir es mit einem Roman zu thun, der im Rahmen einer engbegrenzten Zeit den Kampf führt für die Erziehung und Befreiung aller durch Armut, Unwissenheit, Ausbeutung und Gesetzgebung Unterdrückten und ihre Erhebung auf die Höhe des allgemeinen Menschentums, der Freiheit und Gleichheit aller, dessen, was Menschlichkeit heißt. Und niemand hat dies schöner und hingebender dargelegt als der Dichter selber in einem Briefe an den Uebersetzer seines Romans ins Italienische, Herrn Daelli in Mailand. Dieser Brief lautet:

Canterville-Gasse, den 13. Oktober 1862.

Sie haben Recht, mein Herr, wenn Sie mir sagen, das Buch „Die Armen und Elenden“ sei für alle Völker geschrieben. Ich weiß nicht, ob es von allen gelesen werden wird,

*) Dieser Roman erscheint gegenwärtig mit Illustrationen des Münchener Malers S. Dambinger in der Illustrirten Romanzeitung „Die Freien Stunden“, die zur Verbreitung der Schularbeit aus der Arbeiterklasse in gut ausgestatteten Buchhandlungen von 26 Seiten von der Buchhandlung Forwärt, Berlin, zum Preise von je 10 Pf. herausgegeben wird. Bestellungen und Abonements nimmt jeder Buchhändler und jede Buchhandlung entgegen.

geschrieben oder habe ich es für alle. Es wendet sich an England so gut wie an Spanien, an Italien so gut wie an Frankreich, an Deutschland so gut wie an Irland, sowohl an die Republikaner, wo Sklaven gehalten werden, als auch an die Monarchisten, wo 3 Leibeigener giebt. Die Schwärze der Menschheit, die großen Schwärze, die den Erdball bedecken, halten nicht inne vor den blauen und rothen Strichen der Landkarten. Ueberall, wo der Mann in Unwissenheit und Bergeweisung schwärzt; überall, wo das Weib sich verläßt, um Brot zu haben; überall, wo das Kind des lehrreichen Buches und des wärmenden Herdes erlangt, klopft das Buch „Die Armen und Elenden“ an die Thür und sagt: „Macht mir auf, ich bringe Euch etwas.“

In der noch so trüben Periode der Zivilisation, die wir gegenwärtig durchmachen, bedeutet „der Elende“ und „der Mensch“ dasselbe; er leidet unter allen Himmelsstrichen und Angst in allen Sprachen.

Ihr Italien ist so wenig von dem Uebel frei, wie unser Frankreich. Ihr schönes Italien trägt auf seinem Anlitze alle Arten von Elend. Haupt das Banditentum, eine wilde Art des Pauperismus, nicht in Ihren Bergen? Einige Nationen (und von den Eitenden des Königthums so fürchtbar zerstreut, wie Ihr Land. Troy Rom, Mailand, Neapel, Palermo, Turin, Florenz, Siena, Pisa, Mantua, Bologna, Ferrara, Genua, Venedig, trotz Eurer ruhmvollen Geschichte, trotz Eurer imposanten Ruinen, prächtvollen Denkmäler, stolzen Städte, seid Ihr Nothleidende wie wir. Wunderwerke und Ungewisser. Gemüth ist Italiens Sonne über alle Begriffe herrlich, aber ach! unter dem schönen blauen Himmelssdom wandeln Menschen in Lumpen.

Bei Euch wie bei uns herrschen Borntheile, Berglaube, Tyrannie, Fanatismus, blinde Gesetze, die sich zu Helfershelfern der Unwissenheit hergeben. Ihr könnt nie die Gegenwart und Zukunft greifen, ohne daß der bittere Nachgeschmack der Vergangenheit Euch die Gremde verdirbt. Die soziale Frage lautet für Euch ebenso, wie für uns. Es sterben bei Euch weniger Leute Hungers und mehr an der Malaria; Eure soziale Hygiene ist nicht weiter vorgeschritten als unsere; ist der Obskurantismus in England positivistisch, so ist er in Italien katholisch, aber trotz der Beschaffenheit der Verfassungen ist der vescovo identisch mit dem bishop. Die Bibel schlägt erklären oder das Evangelium falsch verstehen, kommt auf ein heraus.

Soll ich noch mehr Beweise bringen, noch vollständiger diese schmerzliche Ueberzeugung erläutern? Giebt Ihr keine Redensarten? Blat nach unten. Seine Schwärze? Seht nach oben. Hüthet nicht vor Euren Augen wie vor den unsrigen die graunervige Waage, auf der sich der Pauperismus und das Schwärzertum ein so leidenschaftliches Gleichgewicht halten?

So ist Eure Krone von Schwärzern, die einzige Krone, die der Zivilisation gefehlt? So sind Eure ungeschicklichen und obligatorischen Schulen? Kommt in dem Vaterlande Deutscher

und Michelangelo's Jernmann lesen? Giebt Ihr aus Euren Reihen Brytaneen gemacht? Giebt Ihr nicht wie wir ein großes Kriegs- und ein lächerlich wenig Unterrichtsbudget? Giebt nicht auch Ihr den passiven Gehorsam, der so leicht soldatischen Charakter annimmt? Giebt Ihr nicht einen Militarismus, der so konsequent ist, auf Garibaldi zu schließen, d. h. auf die Fleisch gewordenen Ehre Italiens? Unterziehen wir Eure Gesellschaftsordnung einer Prüfung; sehen wir zu, was sie im Bezug auf die Hauptsache, die Färge für das Weib und das Kind, leistet. Nach dem Quantum Schutz, den sie diesen beiden schwachen Wesen angedeihen läßt, mißt man den Werth einer Zivilisation. Ist nun die Prostitution weniger grauenregend in Neapel wie in Paris? Welches Quantum Wahrheit ist in Euren Gesetzen enthalten, und wieviel Gerechtigkeit spenden Eure Gerichte? Seid Ihr etwa so glücklich, nicht zu wissen, was die fürchterlichen Wörter: Bimbica, Ehrlosigkeitserklärung, Zuchthaus, Schafott, Genter, Todesstrafe bedeuten? Sehen wir ferner zu, wie es mit den Prinzipien Eures Staatswesens steht. Giebt Ihr eine Regierung, die begreift, daß Moral und Politik identisch sind? Es kommt bei Euch vor, daß Helden eine Amnestie gewährt wird!

In Frankreich hat man etwas Besseres gethan. Laßt uns doch einmal über die verschiedenen Arten Elend eine Musterung halten, bringe Jeder herbei, was er hat, so werden wir sehen, daß Ihr so reich seid wie wir. Giebt es nicht bei Euch wie bei uns eine religiöse, von dem Priester ausgehende, und eine soziale, von dem Richter verhängte Verurteilung? O großes, italienisches Volk, du gleichst dem großen, französischen Volke. Ach, liebe Brüder, Ihr seid wie wir „Elende“.

Aus der Tiefe der Finsternis, in der wir und Ihr schwachen, seht Ihr Gens lichte und ferne Porten nicht viel deutlicher als wir. Nur trennen sich die Priester. Ihre heiligen Porten liegen nicht hinter, sondern vor uns.

Ich fasse jetzt das Besagte zusammen. Dieses Buch „Die Armen und Elenden“ ist nicht weniger ein Spiegel für Euch, als für uns. Natürlich! Spiegel werden gehakt, weil sie die Wahrheit sagen; das hindert aber nicht, daß es nützliche Gegenstände sind.

Was mich anbelaugt, so habe ich für Alle geschrieben, mit inniger Liebe für mein Vaterland, aber ohne Frankreich mehr im Auge zu haben, als andere Länder. Sie aller ich werde, desto mehr vereinfache ich mich und desto mehr werde ich Patriot der Menschheit.

Ah! ob wir Italiener oder Franzosen sind, das Elend geht aus Alle an. Selbst die Geschichte erzählt und die Philosophie denkt, ist das Elend das Kleid der Menschheit es wäre wohl Zeit, daß man endlich diesen Flander herunterwirft und das wahre Volk, statt mit den schmutzigen Lumpen der Vergangenheit, mit dem großen Purpurgewand der Zukunftsmorgens umhülle ...

wurde Klaffen senior, Professor der Nationalökonomie zu Oxford, beauftragt, einen Bericht über die Lage abzufassen und Vorschläge zu einer durchgreifenden Gesetzgebung zu machen.

Und der Mann zeigte sich des Vertrauens würdig. Schwere Strafen sollten festgesetzt werden für alle Kombinationen, Subskriptionen, Unternehmungen zu drohen, Streikbrecher zu überreden oder Arbeiter zum Anschlusse an die Union aufzufordern. Posten stehen sollte durchaus schwer bestraft werden. Auch die Konfiskation des Eigenthums der Unionsen wurde angefochten.

Obwohl diese Empfehlungen nicht Gesetz wurden, regnete es schwere Strafen für die Unionisten. Für die un sinnige Abnahme eines Eides wurden 1834 sechs Arbeiter von Duchester zu 7 Jahren Deportation verurtheilt. Für die schriftliche Mittheilung an ihren Anwohner, daß ein Streik stattfinden werde, wurden eine Anzahl Bergarbeiter von Bancashire angeklagt und verurtheilt. Wer durch Einstellung der Arbeit Kontraktbruch beging, wurde bis zu 3 Monaten Gefängniß bestraft. Während der Verhandlung konnte der Herr für sich selbst Zeugniß ablegen, während der verklagte Arbeiter sich Zeugen beschaffen mußte. Es lag in der Macht jedes einzelnen Friedensrichters, auf eine eidlich abgegebene Aussage hin eine Verfügung auf sofortige Verhaftung eines Arbeiters zu erlassen, der so im Falle eines Streiks plötzlich und manchmal aus dem Bette heraus verhaftet, und auf persönliches Ermessen eines Friedensrichters, der oftmals selbst ein Unternehmer war, in das Gefängniß geschleppt wurde. Gewiß ein Zustand nach dem Herzen unserer heutigen Unternehmer. Auch Bestrafungen wegen drohender Mißdeutung des Streikbrechens, wegen Belästigung und Beschimpfung derselben gab es nicht wenige und doch war Alles umsonst.

Die schweren Strafen wurden von den Betroffenen erduldet, aber mächtig wuchsen die Organisationen der Arbeiter. Aller Verfolgung die Stirn bietend, sind dieselben heute in England eine achtunggebietende Macht geworden, den Unternehmern oftmals ein sehr gewichtiger Gegner, mit dem sie zu rechnen haben. Dreiviertel Jahrhundert hat die englische Arbeiterklasse gekämpft, um sich ihr freies Koalitionsrecht zu verschaffen. Dreiviertel Jahrhundert hat sie gerungen und ist im Kampfe stark geworden.

Auch die deutsche Arbeiterklasse wird den Kampf zu führen wissen gegen die vereinte Macht von dem Staat und Kapital. Die Arbeiterklasse Deutschlands wird im Kampfe stark werden. Die feste Hoffnung, daß der Sieg ihr zufallen muß, begeistert den Starren und stärkt den Schwachen zum heldenhaften Aushalten. Aus der Lehre der englischen Gewerkschaftsbewegung konnte aber auch die herrschende Klasse sehen, daß keine Macht im Stande ist, dem Entwicklungsgange Einhalt zu gebieten, doch die herrschende Klasse hat nichts gelernt und nichts vergessen.

Soziale Rundschau.

Am 5. November ging uns folgendes Schreiben zu:

Magdeburg, den 31. Oktober 1898.

Der Regierungs-Präsident:
N. 1803 I. Pr. B.

Befcheid auf Ihre am 19. Juli d. J. beim Landrathsamte in Wolmirstedt eingegangene Beschwerde über den Befcheid des königlichen Landraths in Wolmirstedt vom 1. Juli 1898 — J. N. 3090.

Auf Ihre Beschwerde habe ich den königlichen Landrath in Wolmirstedt veranlaßt, die dem Amts-vorsteher in Wolmirstedt ertheilte Ermächtigung, den landwirthschaftlichen Arbeitgebern auf Wunsch die dem Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter pp. angehörenden Arbeiter namhaft zu machen, zurück-zuziehen.

Zu sonstigen Maßregeln bietet mir Ihre Beschwerde keine Veranlassung.

In Vertretung.

Unterschrift.

Unter Anderem hatten wir auch dem Herrn Regierungspräsidenten anheimgegeben, zu prüfen, ob der in der Antwort auf unsere Beschwerde vom Landrath zu Wolmirstedt beliebte Ton — es war von „gewissen-losen Agitatoren“ und vom „Verführen“ die Rede — ein angemessener sei. Die Beschwerdeinstanz scheint in den von uns gerügten Wendungen nichts Absonderliches erblickt zu haben.

Ein Abgangszugniß. Folgendes Schriftstück wurde uns zur Verfügung gestellt:

Deutsche Grube bei Bitterfeld,

Bauermeister & Söhne.

Abgangszugniß.

Dem : : Arbeiter N. St. aus Bitterfeld wird hierdurch bescheinigt, daß derselbe vom 17. April 1898 bis 4. August 1898 auf hiesigem Werke beschäftigt gewesen und ohne Kündigung abgehirt ist. Die Beiträge für den Neupreußischen Knappschafts-Verein und die Norddeutsche Knappschafts-Pensions-kasse sind bis Schluß der laufenden Woche entrichtet. : :

Deutsche Grube bei Bitterfeld,

Bauermeister & Söhne.

Der Betriebsführer: Brandes.

Die Stellen, die vorstehend durch Punkte markirt sind, sind im Original durchstochen! Zu welchem Zweck?

Die Verhältnisse auf der Bannewalppanzeri zu Kolbermoor sind die denkbar ungünstigsten; trotzdem

werden von der Betriebsleitung Leute, die eine Kritik der Verhältnisse wagen, entlassen. Es wollen deshalb die Kollegen versuchen, eine Besserung der Zustände herbeizuführen. Die Kollegen wollen, bis letzteres geschehen, den Zugang von Kolbermoor fernhalten.

Zwei Grubenkatastrophen sind wieder zu verzeichnen: Am 4. November, Mittags, haben schlagende Wetter der Grube Holland bei Wattencheid zwei Bergmannsleben vernichtet, drei weitere erloschen im Verlaufe der folgenden Tage. 11 Arbeiter sind verwundet aus das Krankenlager geworfen. Raum hatte sich die Aufregung über dieses Unglück gelegt, als aus Marten-Doppel die Nachricht von einem neuen Grubenunglück einlief. Hier sind auf Zeche „Borussia“ 7 Personen den Gefahren ihres Berufes erlegen. Nach der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ verlieren durchschnittlich drei deutsche Bergarbeiter pro Arbeitstag ihr Leben. Und trotzdem weigert man sich, praktische Bergknappen zur Grubeninspektion heranzuziehen.

Nachtheil der Kinderarbeit. Unter den Schulkindern des anhaltischen Ortes Rathdorf sind epileptische Anfälle epidemisch aufgetreten. Auf Veranlassung der herzoglichen Regierung begab sich der Kreisphysikus Dr. med. Wäsche in Rathdorf nach Rathdorf, um die Kinder zu untersuchen. Während er in der Schule war, wurde plötzlich ein Mädchen von Krämpfen befallen und im selben Augenblick noch fünf andere Kinder. Als vermuthliche Ursachen der Erkrankungen wird angegeben einerseits, daß das Schullokal für die große Kinderschaa zu klein ist, andererseits die Beschäftigung der Kinder mit schwerer Feldarbeit, besonders während der Ferien, womit gleichzeitig eine mangelhafte Ernährung der Kinder verbunden ist, da die Eltern oft von früh bis Abends auf dem Felde sind und nicht zur Mittagszeit heimkehren. Den epileptisch erkrankten Kindern ist nun auf ein Vierteljahr der Besuch der Schule verboten worden. In Beziehung auf die Beschäftigung der Schulinder sollen Verfügungen der Regierungen demnächst zu erwarten sein.

Invaliditäts- und Altersversicherung. Die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes bis einschließl. 30. September 1898 von den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten betrug 360 253, davon sind im Folge Todes oder Auswanderung der Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen 107 598 weggefallen, so daß am 1. Oktober 1898 252 655 Renten liefen, gegen 238 668 am 1. Juli 1898.

Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 333 064, davon sind in Folge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen 130 980 weggefallen, so daß am 1. Oktober 1898 202 084 liefen gegen 202 630 am 1. Juli 1898.

Beitragserrstattungen sind bis zum 30. September 1898 bewilligt worden a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 258 057 (gegen 231 601), b) an die Hinterbliebenen von Versicherten 61 294 (gegen 54 824), zusammen 319 351 (gegen 286 425 bis zum 30. Juni 1898).

Eine Polizeiverordnung gegen die Wildthätigkeit giebt es in der Provinz Schleswig-Holstein. Sie bedroht diejenigen mit Strafe, die an Bettler Gaben verabreichen. Ein Herr Voge hatte sich trotz alledem nicht von der Menschspflicht abhalten lassen, arme, bei ihm vorkommende Handwerksburschen zu unterstützen. Daraufhin wurde er vom zuständigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe verurtheilt. Das Landgericht zu Kiel gab jedoch seiner Berufung statt, indem es die Rechtsgiltigkeit der Verordnung bezweifelte. Das ries den Staatsanwalt wieder auf den Plan. Er legte Revision ein und hatte damit auch Erfolg. Das Kammergericht hob gestern die Vorentscheidung auf und wies die Sache zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht zurück. Der Präsident führte begründend aus, daß die Verordnung rechtsgiltig sei und ihre rechtliche Stütze im § 6 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes finde. Das Landgericht habe indessen noch festzustellen, wie oft sich d. dagegen vergangen habe.

Die Dampfkraft in Preußen zu Anfang 1898. Die statistische Erhebung über die Dampfkessel, Dampfmaschinen und Dampffässer im preußischen Staate mit Ausnahme der in der Verwaltung der Verwaltung des Landheeres und der Kriegsmarine stehenden, sowie der Lokomotiven hat zu Anfang 1898 abermals eine beträchtliche Vermehrung gegen das Vorjahr ergeben, wie nachstehende Angaben zeigen.

Es wurden gezählt	zu Anfang		Zunahme 1898 gegen das Vorjahr
	1897	1898	
Feststehende Dampfkessel	60 849	63 482	2633
Feststehende Dampfmaschinen	65 078	67 923	2845
Bewegliche Dampfkessel	16 450	17 213	763
Davon mit einer Maschine verbunden	15 982	16 725	743
Schiffsdampfkessel	2 176	2 267	91
Schiffsdampfmaschinen	2 041	2 115	74
Dampffässer	5 479	5 758	279

Neben den lediglich der Fortbewegung von Schiffen dienenden 2267 Schiffsdampfkesseln und 2115 Schiffsdampfmaschinen befanden sich zu Beginn 1898 aufschwimmenden Fahrzeugen noch 367 Dampfkessel und 1387 Dampfmaschinen, welche die Betriebskraft für Dampfbagger, Dampfströme, Unterminden u. dergl. abgeben und je nach ihrer Bauart unter den oben mitgetheilten Riffen der feststehenden oder beweglichen Dampfkessel und Dampfmaschinen mit enthalten sind.

Unter den Regierungsbezirken hatten:

Städtekreis	Feststehende Dampf-kessel		Bewegliche Dampf-kessel im Ganzen		Dampfkessel		Dampf-fässer
	Dampf-kessel	Dampf-maschinen	in m. ein. ver.	von Dampf-masch. ver.	Schiffe	Schiffe	
Berlin	1864	1533	173	145	44	52	164
Potsdam	2883	2555	380	346	259	287	418
Frankfurt	2664	2809	639	635	42	37	582

Englische Fabrikinspektion. Nach dem Bericht der englischen Fabrikinspektoren unterstanden im Jahre 1897 rund 200 000 Fabriken und Werkstätten mit rund 4 1/2 Millionen Arbeitern der Staatsaufsicht. Die Aufsicht wird ausgeübt von einem Chefinspektor und 114 staatlichen Inspektoren, die dabei von 2003 Distrikts-Amtsärzten unterstützt werden. Für die Werkstätten-Hygiene kommt außerdem noch die kommunale Sanitäts-Inspektion in Betracht. Unterstützt wird die Aufsichtstätigkeit auch durch die Gewerkschaften. Die weiblichen Inspektoren, die einer besonderen Oberinspektion unterstehen, sind neuerdings wieder vermehrt worden und haben in den letzten Jahren werthvolle Untersuchungen, besonders über Bleivergiftung, veranstaltet. Nach dem Gesetz zur Ergänzung und Ausdehnung der Bestimmungen über Fabriken und Werkstätten von 1895 müssen die englischen Unternehmer den Bezirksinspektoren über Anzahl, Alter und Geschlecht ihrer Arbeiter, vorkommende Unfälle, Bleiweiß-, Phosphor- und Arsenvergiftungen Mittheilung machen. Aus dieser Meldepflicht ist den Beamten eine Fülle neuer, vorwiegend statistischer Aufgaben erwachsen, so daß auch aus England Klagen über Ueberbürdung der Inspektoren laut werden.

Korrespondenzen.

Berlin. Im Englischen Hofe tagte am 16. Oktober unsere Mitgliederversammlung. Der 1. Bevollmächtigte theilte mit, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der chemischen Fabrik vor-mals Schering Gelegenheit erhalten sollen, sich über die auf dem Betriebe vorherrschende lange Arbeitszeit und den geringen Lohn auszusprechen. Die seit her erhobene Extrasteuer wurde durch Beschluß der Versammlung aufgehoben. Abgelehnt wurde ein Antrag, der bezweckte, daß jedem verstorbenen Mitgliede ein Kranz gespendet werden solle. Darauf wurden die Bevollmächtigten in Vorschlag gebracht und dann die Versammlung geschlossen.

Bielefeld. Die Versammlung vom 23. Oktober erhielt vom 2. Bevollmächtigten die Abrechnung vorgelegt, worauf Entlastung ertheilt wurde. Dann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagen. Wegen des schlechten Besuchs konnten die übrigen Punkte der Tagesordnung nicht erledigt werden. Die anwesenden Kollegen wurden ersucht, für den Verband agitatorisch zu wirken.

Borby. Am 23. Oktober tagte unsere Versammlung. Die reichhaltige Tagesordnung konnte des schlechten Besuchs wegen nicht erledigt werden. Obwohl auch die Abrechnung vorgelegt war, waren die Revisoren nicht erschienen. Damit geben diese den Mitgliedern keineswegs ein gutes Beispiel. Leider scheint es aber befolgt zu werden, denn noch nie war der Besuch der Versammlungen so ungeheuer schlecht wie im letzten Quartal. Noch einmal versuchen wir es, die Mitglieder zur Pflicht zu rufen, damit sie mit uns rathen und thäten, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, um mit uns unsere Interessen zu wahren.

Cannstatt. Am 5. November tagte unsere Mitglieder-versammlung, die wiederum unserem Verbands einen Zuwachs von 6 Kollegen brachte. Im Laufe des verfloffenen Monats sind 32 Kollegen dem Verbands beigetreten. In Münster wurde eine Nebenabtheilung gegründet. Die Versammlung brachte die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Unter Punkt 3 wurde beschlossen, die seit herige Krankenunterstützung beizubehalten und dieselbe nach halbjähriger Mitgliedschaft von der ersten Krankensuche an zu gewähren. Die seit herige Sterbeunterstützung von 25 M., welche auf die Mitglieder umgelegt wird, wird beibehalten. Auch wird dem verstorbenen Mitglied ein Kranz aus Vereinsmitteln gespendet. Unter Punkt 4, Gewerkschaftsbericht, welchen Kollege Auber gab, wurde mitgetheilt, daß die Gewerkschaftskommission beschlossen hat, den Streit um den Lokalfonds zwischen dem Verein der Handels-Hilfsarbeiter und unserem Verbands durch ein gemeinschaftliches Schiedsgericht beizulegen. Ferner gab Kollege Auber noch bekannt, daß auch diesen Winter eine Serie von wissenschaftlichen Vorträgen arrangirt wird und werden die Mitglieder aufgefordert, die Vorträge zahlreich zu besuchen. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, daß der Diskussionsstunde, welche jeden dritten Sonntag im Monat abgehalten werden soll, diesmal eine öffentliche Mitgliederversammlung abzuhalten. Die Mitglieder wurden aufgefordert, von jetzt ab mit allen Kräften die Agitation zu betreiben und die Versammlungen auch regelmäßig und zahlreich zu besuchen.

Elberfeld. Aus dem in der Versammlung am 27. Oktober vom Kollegen Schirr gegebenen Jahresbericht ist zu entnehmen, daß 11 Mitglieder-Versammlungen tagten, außerdem wurde 1 öffentliche Versammlung abgehalten. In den Versammlungen sprachen 5 Referenten. Eine Arbeits-einstellung ist zu verzeichnen. Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 270,90 M. und eine Ausgabe von 224,65 M. Die drei Bevollmächtigten kamen alsdann wieder in Vorschlag. Dann wurden die Hilfskassirer und Thürkontrollreue gewählt. Nachdem noch bekannt gegeben war, daß in der nächsten Versammlung Frau Zeit einen Vortrag halten wird, und den sämmtlichen Zahlern ins Gedächtniß gerufen worden, daß der 2. Bevollmächtigte Seumestraße 12, S. 4, 1. Et. wohnt, wurde die Versammlung geschlossen.

Genethin. Ueber „Kapital und Arbeit“ referirte hier am 30. Oktober Kollege Schumann aus Berlin. Der Redner schilderte die Uebelstände, die aus der tiefen sozialen Klaffe, die Besitz und Arbeit heute scheidet, für die Arbeiter entstehen und welche zu kämpfen Veranlassung geben, worauf eine Schilderung dieser Kämpfe folgte und das Bestreben gezeichnet wurde, diese Kämpfe durch neue Gesetzesparagraphe und scharfe Strafbestimmungen unmöglich zu machen. Leider war zu der Versammlung nur ein sehr kleines Lokal zur Verfügung, worunter die Wirkung des Vortrages litt, denn nur eine kleine Anzahl der Kollegen konnte die Ausführungen mit anhören. Die Kollegen müssen darauf Bedacht nehmen, ein geräumigeres Lokal zu bekommen.

Genethin am Tegernsee. Sonntag, den 16. Oktober, tagte hier im Gasthaus zum Gastig eine Versammlung. Kollege A. Speyer hielt einen vortrefflichen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über den Zweck der Organisation. 11 Mitglieder wurden gewonnen, darunter ein weibliches, so daß die Zahl der Verbandsangehörigen jetzt 38 beträgt. Es wurde beschlossen, eine Postkassette zu gründen. Zwei Kollegen, die den Anstoß zur Gründung gaben, wurden von ihren Arbeitgebern schon gemach-

regelt. Der Referent betonte die Unzulässigkeit der Arbeitgeber, die sie bewiesen, wenn sie die Arbeiter deshalb entlassen, weil diese von dem ihnen gesetzlich garantierten Vereinigungsrechte Gebrauch machen.

Halberstadt. In der am 4. Oktober tagenden Versammlung legte der Kollege Hartbrecht die Abrechnung über das 3. Quartal vor, die in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 402,01 Mk. abschloß. Nachdem die Revisoren Bericht gegeben hatten, wurde Entlastung erteilt. Der Geschäftsbericht gab Kollege Hoffmann. Ueber die Tätigkeit des Kartells referierte Kollege Müdert. Als Note wurde Kollege Wegener gewählt. Dem Bibliothekar wurden mehrere neue Bücher überwiesen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurden zum Schluß die Bevollmächtigten und Revisoren im Voranschlag gebracht.

Damm. Am 7. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale „St. Petersburg“ des Herrn Sieberling. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Sad einen Vortrag über Heinrich Heine. Beim 2. Punkte erstattete Kollege Ahrens Bericht von der Konferenz in Neumünster. Abhandlung wurde ein Antrag der Zahlstelle Hamburg verlesen. Der Antrag fordert, um der Zahlstelle über augenblickliche finanzielle Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, die Ueberweisung der Summe von 9,60 Mk. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Dann machte Ahrens noch bekannt, daß die Schulden des früheren Kollegen S. noch nicht bezahlt sind. Der Beschluß von der letzten Versammlung, der bezweckt, Strafantrag gegen S. zu stellen, ist nun zur Ausführung zu bringen.

Harburg. Dienstag, den 25. Oktober, tagte im Lokale des Herrn Lamprecht eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Frau Biez aus Hamburg über: „Die moderne Sklaverei“. Rednerin erntete für ihre vortrefflichen Ausführungen reichen Beifall. Zum zweiten Punkt gab Kollege Martens einen kurzen Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Die hiesige Leitung habe auch in diesem Jahre ihr Hauptaugenmerk auf die Agitation gerichtet. So sei auch im letzten Frühjahr wieder eine Hausagitation mit Erfolg betrieben worden. Es haben getagt 14 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen; außerdem sei eine Versammlung in Eißendorf und Moorburg. In Burgstede sei eine neue Zahlstelle gegründet, welche jetzt in schönster Blüthe stehe. In Lüneburg seien mehrere Versammlungen abgehalten worden, um die dortige Zahlstelle wieder zu heben. In unseren Mitglieder-Versammlungen seien lehrreiche Thematata behandelt worden, so daß den Mitgliedern Gelegenheiten gegeben sei, sich auch geistig zu bilden. Leider müßte konstatiert werden, daß der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig läßt. Von Seiten des ersten Bevollmächtigten wurden abgehandelt: 68 Briefe, 29 Karten, 2 Depeschen und 4 Pakete. Schriftliche Einladungen an die Vorstandsmitglieder und Bezirkskassierer sind 455 verschickt worden. Größere Streiks waren in diesem Jahre nicht zu verzeichnen. Der Geschäftsgang ist im letzten Sommer kein guter gewesen, in Folge dessen mußten viele Mitglieder abreisen, um sich eine andere Existenz zu suchen. Trotzdem ist unser Mitgliederbestand derselbe geblieben, wie im letzten Jahre. Das ist ein Zeichen, daß wir viele neue Mitglieder gewonnen; die Zahl beträgt jetzt rund 1800 männliche und 410 weibliche, aber diese Zahl steht immer noch nicht im Verhältnis zu den hier in Harburg beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen. Hier steht uns in Zukunft noch ein reiches Arbeitsfeld offen. Es möge nun jedes Mitglied thätig eingreifen, damit alle diejenigen, die unserer Organisation noch fernstehen, hineingezogen werden. Unsere Bibliothek ist in letzter Zeit nur wenig in Anspruch genommen, hauptsächlich wird dies zum Winter besprochen. Im 3. Punkt: Vorschlägen der Bevollmächtigten und Revisoren, wurden die jetzt thätigen wieder gewählt außer dem 3. Bevollmächtigten, an dessen Stelle wurde Kollege Dr. vorgezogen. Im 4. Punkt erstattete Kollege Höger Bericht von der Konferenz in Neumünster. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß die Thätigkeit der auf der vorjährigen Konferenz gewählten Agitationskommission eine erspriechliche war. Sie gründete im nördlichen Deutschland 12 neue Zahlstellen, von denen nur eine wieder einging. Im „Verschiedenen“ gab Kollege Martens eine Einladung der Liedertafel „Sängerbund“ zum 20jährigen Stiftungsfest bekannt. Nach der Wahl von drei Hilfskassierern und Entgegennahme einiger Beschlüsse erfolgte Schluß der Versammlung.

Silbesheim. Kapitalistische Entbehrungs-Löhne. Die mit einem Kapital von 1,10 Millionen Mark arbeitenden Wälden-Silbesheimer Gummiwaarenfabriken Gebr. Beckel (Aktiengesellschaft) erzielte im letzten Betriebsjahre nach Abzug von 10756 Mk. Abreibungen einen Reingewinn von 159625 Mk. Daraus wurden 7981 Mk. Lohntiemer bezahlt und je 5000 Mk. dem Arbeiter- und Beamten-Unterstützungsfonds überwiesen. Die Herren Aktionäre erhalten dagegen für ihre mühevollen Arbeit des Rechnungsjahres 192000 Mk., was, wie im Vorjahre, eine Dividende von 12 Prozent ergibt. Die Arbeiter der Gummiabrik, welche durchaus nicht zu den bestbezahltesten zählen, werden sich mit der Genehmigung, sich für die nächststehenden Aktionäre abgerufen zu haben, begnügen müssen. Wieviel den Arbeitern insgesamt an Lohn gezahlt ist, kann man leider aus dem Bericht nicht erfahren. Werden die Arbeiter endlich einsehen, für wen sie sich abquälen?

Kolberg. In der Versammlung vom 29. Oktober legte der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vom 3. Quartal vor, die in Einnahme und Ausgabe mit 82,20 Mk. bilanzierte. Unter Punkt 2 wurde die Abhaltung eines Herbstbergnugs beschlossen und die bestehende Berggnugs-Kommission ergänzt. Dann wurde mitgeteilt, daß die von der Verbandskasse zur Unterstützung eingetroffenen 45 Mk. bis auf 85 Wfg. zur Auszahlung gekommen seien, wer noch Ansprüche zu machen habe, solle sich melden. Es meldete sich niemand. Die Revisoren wurden an die Bezahlung ihrer Beiträge erinnert, darauf die Bevollmächtigten und Revisoren in Voranschlag gebracht. Dann wurde gerügt, daß ein eingesandter Bericht im „Proletarier“ nicht veröffentlicht worden sei. Der 1. Bevollmächtigte und der Vorstand der Nichtveröffentlichung nicht. Hieraus wurde beschlossen, noch einmal einen Versammlungsbericht nach Hannover zu senden, und wenn wir wieder so freimüthig behandelt würden, Beschwerde bei der zuständigen Stelle zu führen oder den Bericht auf Kosten des Verbandes im „Vorwärts“ oder „Hamburger Echo“ zu veröffentlichen. (Oder in der „Neuen Zeit“.) Beim Punkt „Verschiedenes“ teilte der Bevollmächtigte mit, daß der Verfasser des Versammlungslokales verkauft habe und der Käufer die Gewerkschaft nicht wolle. Die Kartellkommission hat sich mit der Beschaffung eines Lokales bereits beschäftigt, das Reklamant wird gelegentlich bekannt gegeben.

Sengenfeld-Stellingen. Am 5. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Die vom 2. Bevollmächtigten gegebene Abrechnung wurde als richtig anerkannt. Darauf nahm Kollege Güntze das Wort, um, bezugnehmend auf den Falle Bienen, zu betonen, daß die Zahlstellen mehr Bedacht nehmen müßten auf die Sicherung der Geldsummen; er stellte den Antrag, das Geld, welches bei der Quartalsabrechnung die Summe von 50 Mk. übersteigt, bei der Sparrasse zu belegen. Kollege Hoff war gegenständig mit dem Antrag einverstanden, meinte aber, die Belegart habe jetzt noch keinen Zweck, weil in der Rotallasse nur circa 100 Mk. seien. Der Antrag wurde abgelehnt. (Nach unserer Meinung ist es einfach notwendig, alle Geldsummen, die zur Sicherung von im Ernst fehlenden Ausgaben nicht erforderlich sind, zu belegen. Ganz bestimmt empfiehlt sich die

Anlegung bei einer Sparrasse aber bei einer Summe von 100 Mk. D. A.) Dann wurde der Bericht von der Konferenz in Neumünster erörtert. Unter Punkt 3 wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Voranschlag gebracht. Unter Punkt 4 wurde der Bericht von der Konferenz in Neumünster über die Angelegenheiten der Zahlstelle Harburg zu verlesen. Kollege Schnoor erklärte, er könne sich nicht mit dem Paragraphen einverstanden erklären, ein Statut müsse klar und deutlich sein, sonst könnten schlimme Folgen entstehen, seien doch gerade wegen des § 12 schon einige Mitglieder ausgetreten. (Du lieber Himmel, mit was für Einwänden, doch immer die Fajensucht begründet wird. Folgender Satz des Streikreglements ist es, der es den hier in Frage kommenden Mitgliedern angethan hat: „Die Unterstützungen werden nur als Darlehen gegen Schuldschein gewährt.“) Richtiger Weise nimmt man an, alle Mitglieder erhielten die Streikunterstützung nur als rückzahlbares Darlehen, dagegen besagt aber der ausstehende Schuldschein, unter welchen Umständen der Unterstützungsbeitrag als quittiert gilt, nämlich binnen Jahresfrist bei Erfüllung der Pflichten, die den Mitgliedern und Streikenden obliegen. D. A.)

Groß-Lichterfelde. Die letzte Monatsversammlung war wie die Versammlung im September schlecht besucht, jedoch von einer Vornahme der Vorlesung des Kollegen Prottio Abstand genommen wurde. Von den Teilnehmern wurde es allgemein abfällig besprochen, daß, obwohl beschlossen ist, die Versammlungen Sonntag-Vormittags abzuhalten, der Besuch so schwach ist. Freilich, wenn in unseren Versammlungen die hervorragendsten Abgeordneten reden werden, dann wäre der Besuch ein etwas besserer. Da wir nun aber vorläufig, um Kosten zu ersparen, uns mit Vorlesen der betr. Thematata begnügen, so finden sich eine ganze Reihe Kollegen, denen das nicht gefällt. Außerdem hoffen wir, daß in der Woche der Besuch ein besserer wird, und demgemäß beschloß die Versammlung, daß wir unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen jeden 15. im Monat abhalten. Einige Kollegen traten dem Verband bei.

Litern. Am 30. Oktober hielt in unserer Mitglieder-Versammlung Kollege Burkhart einen lehrreichen Vortrag über den Zweck unserer Organisation. Das Verhalten der hiesigen Kollegen, die zu heuquem sind, um für ihre eigenen Interessen und für die Ausbreitung des Verbandes thätig zu sein, wurde vom Redner getadelt. Sehr viele Arbeiter stehen der Organisation fern, sehr viele davon auf Veranlassung ihrer Frauen, die zu kurzfristig sind, um das Warten der Organisation zu erlernen. Sagen sie doch: für das Geld, das der Verein die Woche kostet, können wir unseren Kindern Semmeln kaufen. Dabei geht so manches Stück Geld für Kleinmücherei drauf. Mit ernstlichen Worten ermahnte der Redner die Kollegen, gegen die Gleichgültigkeit der Fernstehenden zu Felde zu ziehen, und der ersten Zeit, in der wir uns befinden, entsprechend, treu zur Organisation zu halten.

Obernösel. Unsere Zahlstelle ist durch die rege Agitation im schönsten Blühen und ist die Zahl der Mitglieder bereits auf 40 gestiegen. Auch ist es den Bemühungen der Bevollmächtigten gelungen, ein geeignetes Lokal zu finden zur Abhaltung unserer Versammlungen. Wir legen unseren hiesigen Kollegen und Kolleginnen ans Herz, recht pünktlich in unseren Versammlungen, welche nach Beschluß vom Dienstag, den 15. November, ab alle 14 Tage Abends 8 Uhr tagen, zu erscheinen. Auch wäre es unser Wunsch, daß der Verkehr in unserem Lokal, Gasthaus „Zum Laumus“, von Seiten unserer Kollegen ein regerer würde.

Bodejuch. Am 6. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die zunächst den Kassenbericht entgegen nahm. Dem 2. Bevollmächtigten wurde für seine Kassenführung Entlastung zu Theil. Unter Punkt 1 wurde das Hilfskassierensystem besprochen und beschlossen, für Bodejuch Hilfskassierer zu ernennen. Das Unterstützungsreglement wurde auf Antrag des Kollegen Lunow aufgehoben. Dann wurde angeregt, ein Vereinsgesetzbuch anzuschaffen. Gleichzeitig wurde beschlossen, mit der Anschaffung einer Bibliothek zu beginnen.

Speyer. Am Sonntag, den 6. November, sollte die Gründung einer Kasse, aus deren Beständen erkrankte Mitglieder eine Unterstützung erhalten sollen, berathen werden. Der seit Monaten schlechte Versammlungsbesuch verhinderte jedoch die Besprechung. Im Laufe des Frühjahrs, wo die Kleinkassierer nur Durchführung ihrer Forderungen kämpften, da war es eine Last, in der Versammlung zu sein, jetzt, wo die Forderungen bewilligt sind, denken die Wenigsten an Erfüllung ihrer Pflichten. So rasch vergeht man Gelübnisse. Darum auf, Kollegen, bestrebt Euch, die Versammlungen, in denen Ihr ja stets geschult und aufgeklärt werdet, wieder regelmäßig zu besuchen. Denn nur durch eine tüchtig geschulte Truppe sind wir im Stande, den Kampf mit dem Kapital anzunehmen und zum Siege zu führen. Also, Kollegen, beherzigt die an Euch gestellte Mahnung, fordere einer den andern auf zum Versammlungsbesuch und Ihr werdet finden, daß es nur in Euerem Interesse ist. Ferner eruchen wir die sämmtlichen Kollegen, sich baldigst nachzukommen, andernfalls wir angehalten sind, statutengemäß vorzugehen.

Wadebel. In der Mitglieder-Versammlung am 9. November hielt der Genosse Sittenfeld einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.“ Den Bericht von der Konferenz in Neumünster erstattete der Kollege Siemers. Nachdem noch mehrere innere Angelegenheiten erledigt und die Komiteesitzung bekannt gegeben war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wedel. Am 25. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung in Schulan beim Gastwirth Mehrmann. Diesmal war von 4 Personen besucht. Wohl hört man, daß hier und dort der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig läßt, aber so interessenlos wie die Arbeiter von Wedel und Schulan werden wir wohl nirgends Arbeiter finden. Und das angesichts der bevorstehenden Jugendhausvorlage, die den Arbeitern das bisherige Bewegungsfeld vollständig nehmen wird. Nutzen wir hier die Kollegen zu einer öffentlichen Versammlung, dann kommt die Zukunftsfrage und sehr Ueberhanden an. Es scheint, als sollte das Unternehmertum triumphieren, die Arbeiter ziehen weiter, weil sie sonst entlassen werden. Organisierte Arbeiter lehnen hier der Fabrik gern wieder den Rücken und nur jene bleiben, die bei ihren Vorgesetzten lieb sind geworden sind. Aber da solche Arbeiter in der Regel nicht die leistungsfähigsten sind, so ist auch deren Weibchen nicht von langer Dauer. Diesen Einrichtungen ist der Stand der Organisation unterworfen. Wir fordern hierdurch die Arbeiter von Wedel und Schulan auf, sich auf ihre Pflichten wieder zu besinnen, auf dem Posten zu sein, sich der Organisation anzuschließen. Besondere für die am 6. Dezember im Lokale der Witwe Stände tagende Versammlung erwarten wir zahlreich den Besuch. Hinter dem Ihr Euch findet gegen die Ausbeutungswuth des Unternehmertums.

Wühlensburg. Unsere am 9. Oktober tagende Mitglieder-Versammlung nahm den Bericht vom Verbandstage durch Kollege Sad entgegen. Die vorgelegte Abrechnung wurde als richtig anerkannt. Dann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Voranschlag gebracht. Ein zweiter Bevollmächtigter war, da kein Kollege zur Uebernahme des Amtes bereit war, in einer späteren Versammlung vorgeschlagen worden. **Balgast.** Die Holzbearbeitungsfabrik von Kräft hat einen neuen Direktor bekommen, dessen Maßnahmen geeignet sind, die Arbeiter zum Nachdenken zu veranlassen. Die Folgen seines Willens agieren besser für die bestehenden Organisationen, als

mehrere Versammlungen, weil sie den Arbeitern das Traurige ihrer Arbeitsbedingungen zum Bewußtsein bringen; das wurde in der am 22. Oktober tagenden Versammlung von den Rednern anerkannt. Die in der Versammlung vorgelegte Abrechnung vom Stiftungsfest gab dem 1. Bevollmächtigten Veranlassung zu Ausführungen, weil die Kollegen sich nur in geringer Anzahl an dem Feste beteiligt hatten. Im Verschiedenen wurde beschlossen, beim Vorstande einen Zuschuß für Agitation zu beantragen.

In der Versammlung, die am 5. November tagte, referierte, nachdem die Abrechnung vorgelegt und dem 2. Bevollmächtigten Entlastung erteilt worden war, Kollege Niedert über die Ergebnisse der letzten Berufs- und Gewerbezählung. Mancher Kollege habe noch gar keine Ahnung, so führte Redner aus, wie groß die Zahl der Arbeitenden sei im Gegensatz zu der geringen Zahl der Beschäftigten. Wenn von den Arbeitern nur der dritte Teil der Organisation sich anschliesse, so hätten sie damit die wirtschaftliche Uebermacht über die Besitzer der Produktionsmittel. Aber leider kämen der Mehrzahl der Arbeitenden alle möglichen Gedanken, nur nicht der, daß man durch Vereinigung und Zusammenfassung der Kräfte die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiter eines ganzen Erwerbszweiges bessern könne. Darum müsse von uns die Aufräumarbeit immer von Neuem aufgenommen werden. Mehrere Redner ergänzten den gehörten Vortrag. Zum Schluß wurde der Wunsch laut, die Versammlungen möchten in Zukunft immer so zahlreichen Besuch aufweisen wie diese.

Verbandsnachrichten.

Ein Theil der Zahlstellen hat die Streikkarten und -Marken, die Bücher und Stempel für Hilfskassierer bereits erhalten, die übrigen Zahlstellen bekommen die Sachen umgehend zugesandt; in einem oder zwei Tagen lassen sich die Zusendungen eben nicht bewältigen.

Die Streikkarten sind in der Mitte leicht umzubiegen und zusammenzufalten, sodas der Titel und die Namensaufschrift nach außen kommen und die Karte die Form des Mitgliedsbuches erhält. Die Beitragsleistung für den Streikfonds beginnt mit dem 1. Oktober. Die erste Abrechnung hat also mit Beginn des nächsten Jahres zu erfolgen. Die Abrechnung über die Einnahmen des Streikfonds erfolgt besonders, also nicht auf den für die Abrechnungen den Zahlstellen zugesandten Formularen.

Mit kollegialischem Gruß

Aug. Brey.

Verlorne und für ungültig erklärte Bücher.

Das Buch Nr. 018 942; lautend auf den Namen Anton Hillebrand, eingetretet in Lübeck am 27. September 1896, wird hiermit für ungültig erklärt.

Quittung.

Nachfolgende Beiträge gingen bei der Hauptkasse ein: Gr. = Geere 28,75; Wittenberg 16,—; Delmenhorst 116,—; Nowawes 84,23; Kolberg 57,40; Götze 24,25; Mühlheim a. Rh. 15,84; Weibensfeld 30,—; Wollensbüttel 23,63; Bodenheim 17,—; Altenhagen 19,20; Mühlheim a. M. 76,20; Salzwedel 25,14; Gießhacht 13,35; Hoflau 81,43; Eichenhausen 120,77; Vorby 30,—; Spryer 169,86; Wrieggen 40,90; Homburg v. d. H. 14,75; Wittenfeld 46,85; Eichenheim 13,15; Kleefeld 16,40; Bremen 31,70; Wadedel 84,20 Mk.

Für Protokolle: Wittenberg 3,—; Kolbermoor 1,—; Homburg v. d. H. 2,—; Eichenheim 1,—; Linden 5,—; Bremen 10,—; Mühlheim (Hain) 1,50 Mk.

Für Inserate: Lägerdorf 3,60; Nowawes 1,50; Lübeck 2,70; Dessau 0,60 Mk.

Abrechnung über die Unterstützung unserer vom Bauarbeiter-Streit in Lübeck in Mitleidenschaft gezogenen Mitglieder. Einnahme vom Vorstande in Hannover:

19. Juli	231,20 Mk.
22. „	180,—
30. „	110,—
6. Aug.	67,—
13. „	67,—
19. „	47,—
1. Sept.	94,—
	796,20 Mk.

An Unterstützung wurde gezahlt:

Am 19. Juli an 24 Mitglieder mit 31 Kindern	231,20 Mk.
25. „ 18	26
31. „ 15	22
7. Aug. 6	7
15. „ 6	7
21. „ 4	7
28. „ 4	7
3. Sept. 4	7
	Summa: 796,20 Mk.

Einnahme: 796,20 Mk.
Ausgabe: 796,20 Mk.

Lübeck, im Oktober 1898.

Revidirt und für richtig befunden:
S. Lühr, 1. Bevollmächtigter. U. Wegener, 1. Revisor.
F. Liebemann, 2. Bevollmächtigter. F. Müller, 2. Revisor.
J. Mattheisen, 3. Revisor.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Dassow i. M. A. Mücke, Mühlenstraße 8.
Hamburg. G. Ahrens, 2. Marienstr. 13, Stb. 5, 2. Etage.
Silbesheim. Ernst Grohmann, Burgstraße 22.
Tschoe. D. Wafste, Coriansberg 21.
Kellinghusen. J. Schüller, Oberndorfer Chaussee.
Langenfelde-Stellingen. F. Bob, Langenfelde, Kiekerstr. 21.
Reinstadt i. S. G. Hossburg, Burgstraße 75.
Schöningen. Johann Biesch, Sedanstraße 10, 1. Etage.

Inserate.

Am die Adressen von Heinrich v. d. Red und Johann Kirchner bittet
[4091] J. Hinsche, Lägerdorf, Rosenstr. 8.

Quittungsmarken,
= Rabattmarken, Kaufschuttsstempel, =
sowie alle Druckerarbeiten in Buch- u. Steindruck
liefern sauber und preiswerth
Konrad Müller,
Scheidt-Druckerei, Scheidt-Druckerei.
Zustricke Preislisten gratis.